



| von Seite 1 | „eingeflogenen“ Kandidaten doch das Problem. Man kann sie nicht an ihrer Arbeit in Stuttgart messen. Welchen Stellenwert Wahlversprechen haben, das haben wir gerade erst erlebt. So bleibt mir nichts anderes übrig, als ihn an seiner Arbeit in Berlin zu messen. Kuhn war da Joschka Fischers Fritze, die beiden haben den GRÜNEN die faulen Realo-Fische ins Programm gelegt. Die GRÜNEN-Spitze stößt die Stuttgarter Bewegung zweimal vor den Kopf: Erst mit ihrem Schwenk hin zu Stuttgart 21, und jetzt setzen sie uns ohne jede Absprache Fritz Kuhn vor. Das ist ja eigentlich nicht schlimm, das machen Parteien immer so. Aber wenn man weiß, dass der Widerstand selber über Kandidaten nachdenkt, ist das nicht ok. Denn jetzt wird geschwind mal proklamiert: Wer Kuhn nicht unterstützt, ist ein Steigbügelhalter der CDU. Es ist aber gerade umgekehrt: Fritz Kuhn war der erste heftige Verfechter von GRÜN-Schwarz. Wird er Oberbürgermeister, so rückt im Gemeinderat das Bündnis Schwarz-Gelb-Grün in greifbare Nähe. Friss Kuhn oder stirb – das wird die Stuttgarter Protestbewegung nicht mitmachen.

>> Jetzt schildert ihr ja nur das Dilemma. Wen sollen die Stuttgarter dann wählen?

Tom Adler: Ich sehe die Ausgangslage

wie Hannes. Deshalb meine ich: ein OB-Kandidat oder eine Kandidatin, die glaubwürdig für die Ziele der Bürgerbewegungen stehen, wäre ein wünschenswerter Fortschritt. Also kurz gesagt: für eine soziale, demokratische, ökologische Stadt und ohne Wenn und Aber aktiv gegen S21. Aber an erster Stelle sollte die Verständigung darüber stehen, was das konkret heißt, was wir ändern müssen, um diese lebenswerte Stadt zu bekommen. Die Auseinandersetzung der Bürgerbewegung um diese Ziele geht schließlich auch nach einer OB-Wahl weiter. Als Gewerkschafter kann ich sagen: Alles, was wir mit der Arbeiterbewegung an Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen, im Lohn oder demokratischen Rechten erreicht haben, geht vor allem auf Streiks und Demonstrationen zurück, nicht auf parlamentarische Bemühungen. Wir müssen einfach klar sehen, dass wir uns beim Kampf gegen S21 nicht mit ein paar Provinzpolitikern angelegt haben, sondern mit den wirklich Mächtigen. Mit Banken und Konzernen, die einen zehn Milliarden Auftrag auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen und Regierungen als ihre Vollzugsorgane betrachten. Jetzt jammern viele GRÜNE über die Ohnmacht der Regierung, aber warum ordnen sie sich diesem Spiel unter? Sie sagen, wählt doch bitte Fritz Kuhn, er ist auf jeden Fall besser als ein CDU-Kandidat. Also das sogenann-

te kleinere Übel. Aber auch mit den kleineren Übeln haben wir mittlerweile ja reichliche Erfahrungen. Die haben uns als Schröder/Fischer-Regierung z.B. den heutigen Niedriglohnsektor und die Entfesselung der Finanzmärkte beschert. Gegen die Politik der großen und der „kleineren“ Übel brauchen wir mehr Protest auf der Straße und Abgeordnete, die ihn gegen die parlamentarische Beschränktheit und die Konzerne unterstützen..

Hannes Rockenbauch: Tom hat vollkommen recht. Es kann eigentlich nur darum gehen, die Kraft der Stuttgarter Bewegung zu stabilisieren und dazu den OB Wahlkampf zu nutzen. Es ist falsch, sich von einem neuen Oberbürgermeister eine Lösung zu erhoffen. Wir jubelten über den Sieg von Kretschmann, und nun erklärt er uns sinngemäß: „Ich täte schon wollen, aber die Macht und das Recht haben die Bahn und die Konzerne. Und diesem Recht beuge ich mich, weil es herrschendes Recht ist.“ Und dann in Verhandlungen in der Villa Reitzenstein in Hinterzimmern herum zu taktieren, das ist zum Scheitern verurteilt. Wir mussten doch bitter erfahren: Argumente zählen nicht, wenn es um den Profit geht. Die Landesregierung passt sich den Mächtigen an, Rücksichten auf die SPD, Machterhalt, nicht mehr Inhalte bestimmen dann die Politik. Um hier | Seite 3 |



© Walter Steiger

| von Seite 2 | unbestechlich Kurs zu halten, braucht es unsere außerparlamentarische Bewegung. Das ist das Einzigartige, was unsere Obenbleiben-Bewegung bis jetzt auszeichnet. Was sie auf die Beine gestellt hat, ist unglaublich wichtig für die Zukunft dieser Stadt: wir kämpfen selbständig, über Parteigrenzen hinweg – für das Recht auf eine lebenswerte Stadt und unsere Zukunft. Stuttgart 21 ist ein Lehrstück sondern gleichen und tausende Menschen haben dazu gelernt: In Stuttgart 21 spiegelt sich die ganze Verkommenheit der herrschenden Politik wider, die Natur- und Stadtzerstörung auf allen Gebieten: Mammutbauten, Verkehrschaos, Gefährdung der Natur, des Wassers, Milliarden-schulden und der damit einhergehende Sozial- und Demokratieabbau. Immer mehr Menschen erkennen, dass genau das gleiche an vielen anderen Punkten geschieht: Statt einer kleinarzelligeren, ökologischen und sozialen Stadtentwicklung überall seelenlose Großprojekte, Hinterhöfe werden Immobilienhaien überlassen. In der Lindenspürstraße wird eine Innenhof-Grünanlage einfach nieder gesägt. Gesunde Stadt – Fehlanzeige: nichts wird gegen die krankmachende Feinstaubbelastung gemacht, die Bürgerinitiative Mobilfunk deckt im Gebiet Vogelsang eine Strahlenbelastung auf, die in anderen Ländern verboten wäre ...

Tom Adler: ... während OB Schuster Millionen Euros für Stuttgart 21 bunkern lässt, die für KiTa-Plätze fehlen. Statt ein CO₂ sparendes Gesamtkonzept vorzulegen, soll mit fast einer Million Euro aus der Stadtkasse das Geschäftsmodell von Daimler für die Einführung von Elektro-Autos in Ballungsräumen unterstützt werden. Geht's noch? Aber eine Stadtpolitik, die die jetzt schon errechneten Folgen des Klimawandels für unseren Kessel im Auge hat: Fehlanzeige. Vom Verkauf der LBBW-Wohnungen an Patrizia und den Folgen für die Mieter ganz zu schweigen. Auch da haben bekanntlich die LBBW-Aufsichtsräte der SPD und der GRÜNEN zugestimmt. Als Gemeinderatsfraktion SÖS und LINKE bekommen wir aber auch täglich mit: die Lösung der sozialen Probleme, Einkommen von denen man anständig leben kann, Armut durch niedere Renten, Personalmangel in städtischen Einrichtungen und in den Kliniken und anderes mehr – das brennt den Menschen unter den Nägeln. Und deshalb sind das auch Themen, die die Bürger- und Protestbewegung aufnehmen muss, wenn sie „Recht auf Stadt!“ einfordert und breiter werden will.

>> Und welche Konsequenzen schlägt ihr jetzt vor, Renner oder Turner sind nicht wählbar, Kuhn auch nicht, ist das nicht eine Zwickmühle?

Hannes Rockenbauch: Klar ist, dass ein CDU-Kandidat nicht wählbar ist. Gegen die Politik der Tunnelparteien kämpfen wir ja. Die GRÜNEN sind nun aber in einer selbstverschuldeten Zwickmühle. Sie haben uns Kuhn vorgesetzt und merken, er wird nicht akzeptiert. Kuhn hat darauf schon reagiert: er werde diese Stimmen dann

im bürgerlichen Lager wettmachen. Mit welcher angepassten Programmatik? Das frage ich mich. Einfluss auf die Stadtpolitik, unser Recht auf eine lebenswerte Stadt, kann die neue außerparlamentarische Opposition nur gewinnen, wenn die Basisinitiativen sich auf ein positives Forderungsprogramm einigen und jetzt Strukturen aufbauen, die gewährleisten, dass überall in der Stadt dafür gekämpft wird – und das auch nach der Wahl. Die Obenbleiben-Bewegung hat dafür beste Voraussetzungen geschaffen. Ich stelle mir vor, dass Stadtteilgruppen entstehen, vernetzt über die vielen neuen Kontakte, über das Internet. Diese Gruppen formulieren für ihren Stadtteil Forderungen, zur Bebauung, zur Schulpolitik, zur Verkehrspolitik und führen dazu praktische Aktionen durch, machen eine Pressearbeit, organisieren Politik von unten. Sie wirken aber auch auf die Bezirksbeiräte ein. Und unsere Fraktion ist bereit, das im Gemeinderat zu unterstützen.

Tom Adler: Wenn die außerparlamentarische Bewegung in Stuttgart sich auf ein Projekt verständigt, hat sie Chancen, dass Stadtpolitik nicht mehr so wie bisher gegen sie gemacht werden kann. Das ist keine Zwickmühle, sondern eine gute Gelegenheit. Solche Strukturen müssten allerdings jetzt schnell wachsen. Für diese Verständigung braucht es Foren wie den „Großen Ratschlag“. Wenn daraus z.B. auf einem weiteren Großen Ratschlag der Wunsch entsteht, die Oberbürgermeisterwahl zu nutzen, um zu zeigen: ohne uns und über unsere Köpfe hinweg wird in dieser Stadt nichts mehr laufen, dann werden wir das unterstützen. Und sinnvoll wäre dafür eine aus den Bewegungen gestützte Kandidatin oder Kandidat, die glaubwürdig für diese Ziele stehen. ■



© Thomas Igler/fluegel.tv

Das Kreuz mit dem Kreuz

– nicht nur bei der Volksabstimmung



Haben wir zu schweigen, weil das Volk gesprochen hat, wie Kretschmann fordert. Oder war die Volksabstimmung unzulässig und undemokratisch? Egal, wie die Gerichte irgendwann über die Volksabstimmung urteilen werden – zuerst war es eine politische Abstimmung.

War die Abstimmung demokratisch?

Sie war so demokratisch – oder auch nicht – wie jede andere Wahl in unserem Staat. Vor der Wahl wird gelogen.

Es wird verzerrt: „weiterärtern oder weiterbauen“ stand auf den Plakaten – dabei gehen beim Weiterbau Ärger und Belastungen erst richtig los.

Es wird gehetzt: der einfache Bürger traue sich nicht mehr in den Park – diesen Schandfleck. Dieses Problem hat der Bauzaun inzwischen gelöst.

Es wird verschwiegen: Im Verkehrsministerium lagen Beweise vor, dass der Stresstest manipuliert und der bestehende Bahnhof leistungsfähiger ist. Und blieben dort in der Schublade liegen.

Eine Woche nach der Volksabstimmung spricht Grube von Kostensteigerungen. Die SPD will 200 Mio. für die Planung auf den Fildern nachschießen.

Legitimiert die Volksabstimmung S21?

Die Mehrheit am 27. November 2011 stimmte gegen den Ausstieg der Landesregierung aus der Finanzierung von S21. Damit ist der Verbleib des Landes

im Projekt S21 formal legitimiert. Seit 1994 stimmten viele Parlamente viele Male für S21. Aber: Politiker und Mehrheiten stehen nicht über dem Gesetz. Jede Mehrheit braucht eine Baugenehmigung. Die Projektförderpflicht setzt Umwelt-, Bau- oder Denkmalgesetze nicht außer Kraft.

Trotz aller Parlamentsbeschlüsse wuchs in der Bevölkerung die Ablehnung des Projekts und bis Ende 2010 war die Ablehnung in der Überzahl. Durch Faktenschlichtung, Schlichterspruch, Regierungswechsel und Stresstest mit ihren Versprechen, Halb- und Unwahrheiten, mit nackten Lügen und Drohungen hat die Tunnelfraktion eine Stimmenmehrheit bekommen. Am Stichtag. Das kann und wird sich auch wieder ändern.

Widerstand noch legitim?

Bei der Landtagswahl hat eine Mehrheit Mappus und Konsorten abgewählt. Hat sich die CDU daraufhin aufgelöst? Welche Instanz soll unseren

Protest genehmigen? Wer etwas als falsch erkennt, hat das Recht (oder die Pflicht?) dagegen vorzugehen. Keine Mehrheit behebt Planungsfehler, stopft Finanzlöcher oder macht S21 sinnvoll. Es gibt keine höhere Macht, die unseren Widerstand erlauben müsste – es liegt allein an uns.

Die grüne Partei

Grüne Abgeordnete fühlen sich jetzt zu Unrecht kritisiert. Nach der Volksabstimmung müsste ihre Regierung deren Ergebnis umsetzen. Alles andere sei undemokratisch. Wir fordern niemanden zum Rechtsbruch auf. Wir fragen: Seid Ihr Beamte, die ohne nachzudenken Verwaltungsakte „vollziehen“? Oder wollt Ihr Politiker sein – die z.B. Menschen aufklären. Die Bahn hat beim Stresstest beschissen. Der heutige Kopfbahnhof hat mehr Kapazität als die Kellerstation je haben soll. Gerichtsfeste Belege dafür liegen im Verkehrsministerium. Die Bahn muss ihre Pläne laufend ändern. Für die Fildern gibt es noch gar keinen Plan. Die Kosten steigen weiter. Warum macht die grüne Regierung diese Defizite nicht öffentlich? Wo bleibt der Druck auf die Bahn? Ein verantwortungsvoller Projektpartner würde in so einer Situation erst mal das ganze Projekt stoppen, bis wenigstens die wichtigsten Fragen geklärt sind. Man könnte fast meinen, die grüne Regierung hat Angst vor ihren Wählern. Verkehrsminister Herrmann gab zu: Eine Mehrheit gegen S21 bei verfehltem Quorum – das war seine schlimmste Sorge.

Unsere Sorge gilt der weiteren ökologischen, sozialen und demokratischen Entwicklung der Stadt und darüber hinaus, und darum wollen wir die Auseinandersetzung führen. Gemeinsam mit allen, die an diesen Zielen festhalten und arbeiten. Gerne mit Grünen, im Zweifelsfall aber auch gegen eine Grüne Regierung. ■ |kr|

Impressum

Dieser Vorabzug zur nächsten Stadt-Plan-Ausgabe wird herausgegeben vom parteifreien Bündnis SÖS und dem Kreisverband der Linken Stuttgart. Da er sich in dieser gekürzten Form inhaltlich nicht mit der Arbeit der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke befasst, darf er aus rechtlichen Gründen nicht aus Fraktionsgeldern bezahlt werden.

V.i.S.d.P. Hannes Rockenbauch,
Reinsburgstr. 109A, 70197 Stuttgart

www.s-oe-s.de
www.stuttgart.die-linke-bw.de

Fotos: Thomas Igler/fluegel.tv, Walter Steiger, Martin Storz, Petra Weiberg
Druck: UWS Papier & Druck GmbH
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

